



20. April 2010

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: www.spd.de

Steuerversprechungen der großen Koalition

Nach der NRW-Wahl präsentiert Schwarz-Gelb die Rechnung

Mit dem Steuerkonzept, das die FDP vorgestellt hat, wird klar, welche Richtung die schwarz-gelbe Bundesregierung nach der Landtagswahl in NRW am 9. Mai einschlägt. Die Bürgerinnen und Bürger werden dann die Zeche für die schwarz-gelben Steuersenkungsversprechen zahlen müssen – z. B. über steigende Sozialabgaben und höhere kommunale Gebühren. Allein die neuen FDP-Steuerpläne verursachen Einnahmefälle beim Staat in Höhe von 16 Milliarden Euro. Schwarz-Gelb nimmt dies trotz einer historischen Staatsverschuldung und massiver Finanzprobleme von Städten und Gemeinden in Kauf.

Rückendeckung aus der Union

Von CDU und CSU erhalten die FDP-Steuerpläne Rückendeckung und werden damit zur Blaupause für die Politik der großen Koalition nach der NRW-Wahl. Angela Merkel zum FDP-Steuerkonzept: „*Es ist erstmal festzuhalten, dass das gestern vorgestellte Steuerkonzept ein sehr konstruktiver Beitrag der FDP für die geplante Steuerreform in dieser Legislaturperiode ist*“ (Handelsblatt, 15.4.2010). Und der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer ergänzte, „*der Weg des Berliner Koalitionspartners gehe in die richtige Richtung.*“ (ddp, 14.4.2010). Ebenso Unions-Fraktionschef Volker Kauder: „*Die FDP hat sich bewegt. Die Richtung stimmt*“ (Passauer Neuen Presse, 14.4.2010).

Dabei schweigen Kanzlerin und Union weiter, wer die Zeche für die Steuersenkungen, die sie im Koalitionsvertrag versprochen haben, zahlen soll. Noch-NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers wird inzwischen deutlicher: „*Es wird harte Einsparungen geben. Zum Beispiel bei der ... Streichung von 12.000 Stellen im öffentlichen Dienst oder bei einer Reihe von Programmen und Fördermaßnahmen, die eingefroren werden müssen. Das ist ungeheuer wichtig, damit wir den Haushalt konsolidieren und gleichzeitig weiterhin in die Zukunft investieren können*“ (WAZ, 3.4.2010).

Die 16- Milliarden-Lücke

Die FDP-Steuerpläne bedeuten Einnahmefälle in Höhe von 16 Milliarden Euro, die anteilmäßig von Bund, Ländern und Kommunen aufgebracht werden müssten.

- **Anteil Kommunen: 2,4 Milliarden Euro.** Um dies einzusparen, müssten z. B. **rund 240.000 Kita-Plätze** wegfallen.
- **Anteil Länder: 6,8 Milliarden Euro.** Das entspricht **rund 112.000 Lehrerstellen.**
- **Anteil Bund: 6,8 Milliarden Euro.** Über deren Finanzierung schweigt die FDP. Neben den jetzt schon bestehenden Finanzlöchern im Bundeshaushalt und den schwarz-gelben Plänen zur

Einführung einer steuerfinanzierten Kopfpauschale im Gesundheitswesen, entsteht so eine weitere Leerstelle in der Haushaltspolitik der großen Koalition. Aber alles läuft darauf hinaus, das Schwarz-Gelb **Sozialleistungen zusammenstreichen** oder die **Beiträge zu den Sozialversicherungen** erhöhen wird.

Damit funktionieren die Steuersenkungsversprechen der FDP endgültig nach dem Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“: **Was den Bürgern auf der einen Seite gegeben wird, wird ihnen auf der anderen Seite doppelt und dreifach genommen.**

Linke Tasche, rechte Tasche

Prinzipiell bringt die Senkung der Einkommenssteuer großen Teilen der Bevölkerung nichts, da schon jetzt rund 40 Prozent der Bevölkerung überhaupt keine Einkommensteuern mehr zahlen, weil sie zu wenig verdienen. Eine Familie mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 20.000 Euro hätte nach den FDP-Plänen 72 Euro pro Jahr mehr im Portmonee, bei 30.000 Euro zu versteuerndem Einkommen läge dieser Betrag bei 312 Euro.

Interessant wird es, wenn man die FDP-Vorschläge zur Gegenfinanzierung betrachtet:

- **Beseitigung von Ausnahmen von der Steuerpflicht:** Dies bedeutet insbesondere den **Wegfall der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen.**
- **Änderung der Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer:** Die FDP will eine Pauschale von 2 Prozent des Einkommens. Zur Zeit gilt eine einkommensunabhängige Pauschale von 920 Euro für arbeitsbedingte Ausgaben. Nach den FDP-Plänen sinkt der absetzbare Betrag bei einem Jahresbrutto von 30.000 Euro auf 600 Euro. Jemand der 500.000 Euro brutto verdient, könnte dann ohne Nachweis 10.000 Euro absetzen. Das ist reine FDP-Logik: Normalverdiener zahlen drauf, Spitzenverdiener werden begünstigt.
- **Einführung der Umsatzsteuerpflicht für kommunale Unternehmen:** Der Mieterbund geht davon aus, dass dies zu einer Steigerung von Müll- und Abwassergebühren bis zu 150 Euro im Jahr führt.
- **Aufschlag auf die Einkommensteuer:** Die FDP will die **Gewerbsteuer abschaffen** und diese u.a. durch einen Zuschlag auf die Einkommensteuer ersetzen. Die angekündigte Senkung der Einkommensteuer wird also gerade in finanzschwachen Kommunen durch den kommunalen Zuschlag wieder aufgeessen.

Weitere Pläne aus dem schwarz-gelben Giftschränk

Aber erst nach der NRW-Wahl am 9. Mai wird Schwarz-Gelb den „Giftschrank öffnen“ und weitere gravierende Einschnitte und Kürzungen bekannt geben.

Sozialabbau

- Die FDP will das erst 2007 eingeführte **Elterngeld** wieder abschaffen. FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms diffamiert dieses als „eine Sozialleistung für Leute, die es nicht nötig haben“. (Financial Times 14.4.2010).
- Einnahmenverluste durch Steuersenkungen haben **Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme.** Der Bundesregierung bleiben nur zwei Wege. Entweder werden die **Steuerzuschüsse für die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung** reduziert und die **Arbeitsförderung eingeschränkt.** Das bedeutet steigende Sozialbeiträge. Oder es wird Leistungskürzungen geben.
- Schwarz-Gelb hält weiterhin an den Plänen zur Einführung einer **Kopfpauschale im Gesundheitswesen** fest. Nach Expertenschätzungen würde der Ausgleich über das Steuersystem rund 35 Milliarden Euro kosten und durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bis zu vier Punkte finanziert werden müssen.

- Die **Abschaffung der Steuerfreiheit der Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge** empfiehlt auch ein Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Uni Köln im Auftrag des CDU-geführten Bundesfinanzministeriums. Weiter fordert das Gutachten die **Streichung der Arbeitnehmersparzulage** und der **Umsatzsteuerermäßigung für kulturelle und unterhaltende Leistungen**.
- Die **Kosten der Unterkunft für Empfänger von Arbeitslosengeld II sollen pauschaliert** werden. Nicht mehr der reale Bedarf soll gelten, sondern ein Durchschnittswert. Hier geht es auch um eine versteckte Leistungskürzung. Dies bedeutet für viele, dass sie ihre Wohnung nicht mehr behalten dürfen und umziehen müssen.
- In ihrem Steuerkonzept fordert die FDP eine grundsätzliche Überarbeitung der unterschiedlichen Umsatzsteuersätze. Im Klartext läuft dies auf eine **Erhöhung der Mehrwertsteuer** hinaus.
- Die FDP will – allgemein ausgedrückt – eine **Senkung der Sozialabgaben der Arbeitgeber**. Wie diese finanziert werden soll oder ob im Gegenzug Leistungen gekürzt werden sollen, darüber schweigt die Partei.
- **Union und FDP wollen den Haushalt für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zusammenstreichen.** „*Ursula von der Leyen [Arbeits- und Sozialministerin (Red.)] wird ein Drittel oder die Hälfte zur notwendigen Konsolidierung beitragen müssen*“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (16.4.10). Der CDU-Haushaltspolitiker geht davon aus, dass auf Grund der Schuldenregel die Neuverschuldung jedes Jahr bis 2016 um knapp 10 Milliarden Euro zu verringert werden muss.

Druck auf die Löhne

- Die **Zuverdienstgrenzen** für Arbeitslosengeld-II-Empfänger und -empfängerinnen sollen erhöht werden. Dies wird zu einer **Ausweitung des Niedriglohnssektors** führen und allgemein den Druck auf die Löhne erhöhen.
- Die FDP will **Einsparungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe**. So will sie die Mittel des Bundes für den Schienenpersonennahverkehr einfrieren. Die Länder sollen in Zukunft mit weniger Geld auskommen. Die Folgen: schlechtere Qualität und Druck auf die Löhne.

Schwächung der Kommunen

- Die **geplanten Steuersenkungen** und die **Abschaffung der Gewerbesteuer** gehen voll zu **Lasten der Kommunen**. Betroffen von geplanten oder bereits beschlossenen Kürzungen ist vor allem der Sozial- und Bildungs- und Kulturbereich (*siehe Sparliste ausgewählter NRW-Kommunen auf der nächsten Seite*).

Nur die Reichen profitieren

Fazit: Vor allem Reiche profitieren von der schwarz-gelben Politik. Steuersenkungen in der jetzigen Krise sind rein ideologisch motiviert. Sie schaffen weder zusätzliches Wachstum noch neue Arbeitsplätze. Sie schwächen den Staat weiter, der auf wichtige Zukunftsinvestitionen verzichten muss. Und sie werden von Normal- und Geringverdienern über höhere Sozialabgaben und Gebühren bezahlt werden müssen – bei gleichzeitig sinkenden staatlichen Leistungen. **Nur die Reichen profitieren von einem armen Staat.**

Städte	Einsparvolumen	beschlossene bzw. geplante Maßnahmen (Auswahl)
Bochum	140 Mio € insgesamt (davon 16,3 Mio € im Sozialen)	Einsparung im Bereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Absenkung der Wassertemperatur in Bädern, Schließung von Schulen
Bottrop	19 Mio € in vier Jahren	beitragsfreies 3. Kita-Jahr wieder abschaffen, Aus für Bäder und Kultureinrichtungen, höhere Gebühren
Dortmund		Erhöhung Kita-Gebühren, Ausbau der U3-Plätze strecken Schließung Seniorenbegegnungsstätten, Preiserhöhung Sozialticket, Aus für Bäder u. Kultureinrichtungen, etc.
Duisburg	60 Mio € in 2010 160 Mio € in 2014	Kürzung im Kinder-, Jugend- und Seniorenbereich, Personalabbau in der Verwaltung, Aus für Bäder und Kultureinrichtungen, höhere Gebühren, Schließung von Schulen, etc.
Essen	67 Mio. € (bei Sozialetat von 690 Mio. €)	ca. 10% Kürzung im Jugend- und Sozialbereich, 20% Kürzung im Breitensport, Erhöhung von Gebühren, Reduzierung von Öffnungszeiten
Mülheim a.d.R.	61 Mio € bis 2013	Erhöhung der Kita-Gebühren und -Verpflegungskosten, Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich, Erhöhung Grund- und Gewerbesteuer, Personalabbau, höhere Gebühren, etc.
Wuppertal	80 Mio. € im Jahr	Erhöhung Kita-Gebühren, 10% Kürzung im Jugendbereich, 7,5 Mio € Einsparung im Sozialbereich, Aus für Bäder und Kultureinrichtungen, höhere Gebühren u Eintrittspreise, etc.